

# Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Bezugspreis:** In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl. mit Zustellgeld 4.80 zl. Bei Postbezug monatl. 4.89 zl. vierteljährlich 14.66 zl. Unter Streifenband in Polen monatl. 8 zl. Danzig 3 G. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung u.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

**Anzeigenpreis:** Die einseitige Millimeterzeile 15 gr., die einseitige Reklamezeile 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Da. Pl., Deutschland 10 bzw. 70 Pl., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorkauf u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abheilung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 142

Bromberg, Sonnabend den 24. Juni 1933

57. Jahrg.

## St. Johannistag

— Fest der Jugend.

Von Dr. Friedrich Barthel.

Wer schon einmal mit deutscher Jugend zusammen am Holzfener gestanden und miterlebt hat, wie fest die Hände zum Bunde sich ineinander fügen, wie stark gerade diese symbolische Handlung mit Geschichte und Heimat verbindet, der wird die Wahl der Sommerferien zum „Fest der Jugend“ — wie sie in Deutschland getroffen wurde — voll auf begreifen. Aus der germanischen Mythologie wissen wir, welcher tiefe Sinn dieser Feier zugrunde lag. Baldr, der Gott des Lichts und des Frühlings, ist der Liebling der Götter. Solange er lebt, wird die Götterdämmerung nicht hereinbrechen. Daher nimmt Freya, die Mutter Baldurs, alle lebenden Wesen in Eid, ihrem Sohne kein Leid zuzufügen. Dabei vergift sie die Mistel, da diese auf der Erde wächst und also kein eigenes Dasein führt. Das erfährt Loki. Auf einem Fest der Götter, auf welchem Baldurs Unverletzlichkeit geprüft werden soll, legt er den Mistelzweig als Pfeil dem blinden Hödur auf den Bogen. Der schießt und trifft und tot sinkt Baldr zu Boden.

Am 21. Juni hatten wir den längsten Tag und die kürzeste Nacht im Jahr. Von nun an sinkt die Kurve des Lichts. Bis dahin drängte die Sonne das Dunkel zurück; jetzt gewinnt es wieder an Macht. Der Kampf zwischen Sommer und Winter, Wärme und Kälte, Licht und Finsternis wird in dieser Sage von Baldr und Loki versinnbildlicht. Die Bedeutung der germanischen Sonnenwendfeier ist dem modernen Menschen natürlich ferner gerückt. Sie wird nur verständlich, wenn man die Abhängigkeit unserer Vorfahren von den großen Abhängen des Naturgeschehens bedenkt. In diesem Tage wurden die Naturkräfte, die Gewalt über den Menschen hatten, und die sich in der damaligen Vorstellungswelt in Göttern personifizierten, verehrt und angebetet. Man brachte ihnen Opfer, um sie gnädig zu stimmen. Denn Arbeit und Ernte, Saat und Segen hingen von ihnen ab. Ja, sie waren recht eigentlich die Herren über Leben und Tod. — Mit den Sonnenwendfeiern war zuerst eine Zusammenkunft der Führer zum Gericht und zur Beratung über die Stammesangelegenheiten verbunden. Beim Abbrennen der Holzpyre fanden diese Aussprachen ihren würdigen Abschluß.

Später verschob sich der Sinn dieses Festes. Die christliche Kirche legte den Namenstag Johannes des Täufers (24. Juni) in diese Jahreszeit. (Im Anschluß an den Ausspruch Joh. 3, 30: „Er muß wachsen, ich aber muß abnehmen.“) So wurde Johannes der Täufer zum Schutzheiligen des Frühlings, zum Beschützer vor Unwettern und Seuchen. Aus den Sonnenwendfeiern wurden nun die Johannistfeuer. Doch in der Phantasie des Volkes behielt die Johannistnacht etwas von ihrem geheimnisvollen, wunderbaren Wesen der alten Sonnenwende. Mancherlei Aberglaube an die Zauberkräfte dieser Nacht haben sich auf dem Lande bis heute erhalten. „Die Schätze in der Erde leuchten, das Wasser ladet zu heilkräftigem Bade und wandelt sich in der Mitternacht in Wein, in derselben Stunde, in der sich der Erdkrebs, die Maulwurfsgrille aus Erde und Moor erhebt und umherfliegend Blumen, Wäsche und Ackergeräte behert, so daß die Berührung mit ihnen vor Sonnenanfang dem Menschen den Krebschaden bringt. Bestimmten Kräutern aber, wie dem Johanniskraut und Bärlapp, Ritterpörrn und Lattich, teilt die Johannistnacht heilkräftige und glückbringende Wirkung mit.“

Lange Zeit war dieser Zauber der Johannistnacht genau so verfloren wie der Glanz der Sonnenwende. Neuerdings hat die Jugendbewegung das Verdienst erworben, die alte germanische Sitte des Sonnenwendfeuers wieder zu erwecken. Wir sind kein Naturvolk mehr. Industrie und Großstadt haben die Naturfeste ihrer allgemeinen Bedeutung beraubt. Wenn man heute daran geht, sie wieder einzuführen, so kann das nur auf anderem weltanschaulichem Hintergrunde geschehen. Der tiefste Anlaß zum religiösen Kultus der alten Völker war doch die Angst und die Sorge um die Existenz. Durch die nächtlichen Feuer wollte man die bösen Geister erschrecken und vertreiben, und durch die Opfer sollten die Götter versöhnt werden. Diese weltanschauliche Beziehung wäre heute ungläubhaft und unecht. Aus ihr kann ein Fest der Jugend seinen tieferen Sinn nicht ableiten. Wenn trotzdem der Versuch gemacht wird, das Sehnen und Streben deutscher Jugend in unserer Zeit im Feste auszuprägen, so werden wir nach einer anderen Sinnbezogenheit suchen müssen. Wir finden sie in doppelter Richtung: Angst und Sorge um die Existenz unseres Volkes und um seine innere Erneuerung treibt die Jugend zusammen zu den Mammenden Holzstößen. Die Sonnenwendfeuer sollen Symbole der Einigung sein. Dabei ist es nahe liegend, daß man die Verbindung zur germanischen Vergangenheit und Geschichte sucht. „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen noch Gefahr“. Das Feuer soll zusammenschweißen; es soll in den Herzen der Jugend angezündet werden, daß sie aufs neue erglühe für Volk und Vaterland und bereit werde zu restlosem Einsatz für die Gemeinschaft. In diesen Flammen sollen Zwietracht und Klassenhaß verbrennen, und aufleuchten soll die Liebe der Volksgenossen zur Heimat.

Der Festtag selber aber liegt zwischen Frühling und Sommer, d. h. auf der Grenze zwischen Jugend und

Mannehum. Wo eine solche lebenswichtige Wende deutlich wird, wo überdies Angst und Sorge um die Existenz des Volkes ist, da taucht eine andere weltanschauliche Beziehung auf, die in unserer Zeit nur von der christlichen Kirche ausgedeckt werden kann. Die Flamme ist das Symbol des Geistes. So sollte auf das Fest der Jugend von Pfingsten her ein heller Schein herüberleuchten. Volk ist ja nur die irdische Beziehung zur Gemeinschaft der Menschen. Durch sie hindurch und über sie hinweg aber

wächst die christliche Gemeinde. Bei den alten Germanen waren Sommer und Winter, Licht und Finsternis die Kräfte, die um die Seele des Menschen rangen. Nicht diese Naturkräfte beunruhigen heute den Menschen; es sind dies vielmehr die Kräfte des Lebens und des Todes. Den Tod zu überwinden und Auferstehung zu feiern, durch den heiligen Geist wiedergeboren zu werden, das ist die weltanschauliche Beziehung, die für den modernen Menschen aufzudecken ist.

## Das Ende der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD).

Berlin, 23. Juni. (P.M.) Die Reichsregierung hat gestern eine Verordnung erlassen, durch welche jegliche Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei Deutschlands im ganzen Reichsgebiet verboten wird. Der Reichsinnenminister wandte sich an die Länder mit dem Ersuchen, eine entsprechende Verordnung über die sozialdemokratischen Organisationen dieser Länder zu veröffentlichen. Den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei, die Mandate in den Landtagen, sowie in kommunalen Vertretungen besitzen, wurde verboten, ihre Funktionen auszuüben; gleichzeitig wurden ihnen die Diäten entzogen. Außerdem ist es verboten, irgendeine Propaganda in sozialdemokratischem Sinne zu treiben oder Versammlungen abzuhalten. Das Vermögen der Partei wurde beschlagnahmt. Beamten und Angestellten von öffentlichen Institutionen ist es verboten, der Partei anzugehören.

Die Verordnung, die in der Praxis der Auflösung der Partei gleichkommt, wird mit der antistaatlichen Tätigkeit der Vertreter der sozialdemokratischen Partei im In- und Auslande begründet.

### Die englische Presse zur Aufhebung der SPD.

London, 23. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Auflösung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird in der englischen Presse ausführlich und mit großen Schlagzeilen wiedergegeben. Kommentare fehlen vorläufig noch. Im Bericht des „Daily Telegraph“ heißt es, daß nunmehr die Sozialdemokraten den Kommunisten in das Dunkel folgten. Die „Times“ sagen, daß dies der letzte Stoß gegen die Sozialdemokraten sei, die als Partei bereits aufgehört hätten, zu existieren. Die sozialistische und oppositionelle Presse veröffentlicht die Berichte über den Schlag gegen die Sozialdemokratie so versteckt wie nur möglich.

### Hausdurchsuchung beim früheren bayerischen Ministerpräsidenten Heldt.

München, 23. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Zu den Hausdurchsuchungen bei der Bayerischen Volkspartei berichtet der „Bayerische Kurier“ am Freitag, daß auch die

Wohnungen des früheren bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Heldt, des Mitverlegers des „Regensburger Anzeigers“, Kommerzienrat Habel, und von Dr. Heim durchsucht wurden.

### Hugenberg bei Hitler.

Wie das Conti-Bureau aus Berlin meldet, ist Reichsminister Hugenberg am Mittwoch abend vom Reichskanzler Hitler zu einer eingehenden Aussprache empfangen worden. Über den Verlauf dieser Aussprache wird vorläufig nichts bekannt, es steht aber fest, daß es sich um die Auflösung der deutschnationalen Kampfstäffeln, und darüber hinaus um die Zukunft der Deutschnationalen Front gehandelt hat.

Wie nämlich seitens der Geheimen Staatspolizei mitgeteilt wird, ergeben sich Weiterungen aus der Aktion gegen den Kampfring für die Deutschnationale Front insofern, als Marxisten nicht nur in Kampfstäffeln aufgenommen worden sind, sondern darüber hinaus auch organisatorisch der Deutschnationalen Front angehören. Nach Ansicht des preussischen Ministerpräsidenten müßte also auch die Deutschnationale Front von diesen Elementen geräumt werden. Das erschwert die Situation aber außerordentlich, da von Regierungsseite ausdrücklich betont worden ist, daß die gegen den Kampfring eingeleitete Aktion nicht die Deutschnationale Front betreffe. Die Aussprache Hugenbergs mit Hitler dürfte der Beilegung der Schwierigkeiten gegolten haben. Immerhin ist es fraglich, ob die Deutschnationale Front sich noch lange neben der NSDAP behaupten können.

### Verbote in Braunschweig.

Aus Braunschweig drahtet WTB:

Der braunschweigische Minister des Innern hat mit sofortiger Wirkung sämtliche in Braunschweig bestehenden Landes-, Bezirks- und Ortsgruppen des Jungdeutschen Ordens, des Wehrwolfs und des Tannenbergbundes aufgelöst. Die Wiedererrichtung der Gruppen ist verboten.

## Der Plan einer österreichisch-ungarischen Union

Frankreichs Stellung.

Paris, 23. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der außenpolitische Berichterstatler des „Journal“ demontiert das Gerücht, wonach Paul-Boncour sich dem italienischen Vorschlag eines österreichisch-ungarischen Zusammenschlusses einverstanden erklärt habe. Wenn man auch nicht bestreiten könne, daß ein Teil der italienisch-französischen Besprechungen sich über die heikle mitteleuropäische Frage drehe, so müsse doch erklärt werden, daß es sich im wesentlichen darum handele, die Rivalität auszuhalten, die bisher auf der einen Seite Österreich, Ungarn und Bulgarien und auf der anderen die Staaten der Kleinen Entente gegen einander gestellt hätten. Man suche in Paris und in Rom nach einem Mittel, das geeignet sei, die Bemühungen der sechs Länder auf einen Nenner zu bringen. Die französische Auffassung gehe nach wie vor dahin, daß die Lösung in einer wirtschaftlichen Verständigung gesucht werden müsse. Infolgedessen müsse der Gedanke eines Anschlusses oder einer Wiederherstellung des alten österreichisch-ungarischen Reiches zurückgewiesen werden. Frankreich verfolge außerdem nicht, daß die Wiederherstellung dieses alten Österreich-Ungarischen Reiches eine direkte Bedrohung der Kleinen Entente sei. Wenn daher einmal eine arderliche Möglichkeit eintreten sollte, so würden die Staaten der Kleinen Entente Frankreich immer an ihrer Seite finden.

In amtlichen französischen Kreisen wird diese Mitteilung bestätigt. Man weist außerdem darauf hin, daß gelegentlich des bevorstehenden Besuches Beneschs und Festitschs in Paris wahrscheinlich auch über die mitteleuropäische Frage gesprochen werde. Es sei aber im Augenblick gar keine Rede von einer Wiederherstellung der alten österreichisch-ungarischen Monarchie, die die berechtigte Befürchtung der Kleinen Entente hervorrufen würde.

### Vertreter der Kleinen Entente bei Paul-Boncour.

Paris, 23. Juni. (P.M.) Paul-Boncour empfing gestern die Minister Benesch und Festitsch zu einer längeren Konferenz. Den Gegenstand der Unterredungen bildete die Frage der eventuellen Wiedereinfügung der Habsburger auf den österreichisch-ungarischen Thron. Die Minister der Tschechoslowakei und Jugoslawiens haben sich, wie die Abendpresse meldet, diesem Projekt kategorisch widersetzt. Die Blätter behaupten, daß Frankreich in dieser Frage den Standpunkt der Staaten der Kleinen Entente unterstütze.

Paul-Boncour empfing außerdem den Unterstaatssekretär im italienischen Außenministerium, Euvich, mit dem er sich über Mussolinis Plan betr. die österreichisch-ungarischen Beziehungen unterhielt. Entgegen der amtlichen Erklärung behauptet die „Liberté“, daß zwischen Rom und Paris ein Meinungsaustrausch in der Frage der Wirtschaftsannäherung zwischen Österreich und Italien gepflogen werde. Nach diesem Blatte sollen in der nächsten Zeit im Dai d'Orsay über diese Materie Unterredungen mit Vertretern der Kleinen Entente und Polen stattfinden.

### Oesterreich dementiert.

Wien, 23. Juni. (P.M.) In österreichischen Regierungskreisen werden die Gerüchte über Verhandlungen in der Frage einer Wirtschaftsunion zwischen Österreich und Ungarn dementiert. Auch alle Gerüchte über die Wiederherstellung der Monarchie in Österreich werden in Abrede gestellt.

### Dollfuß hat die Schlacht bereits verloren!

Der konservative Londoner „Evening Standard“ schreibt in einem Leitartikel zu der deutsch-österreichischen Frage, anknüpfend an eine Unterhausklärung Eden's,











## Kapler bleibt ohne Nachfolger.

Der Kirchen-Senat der Evangelischen Kirche der alt-preussischen Union hat im Hinblick auf die Umgestaltung der Kirchenleitung und die kommende Verfassungsrevision beschlossen, die Stelle des Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrates Dr. Kapler, der mit dem 30. Juni aus seinem Amt scheidet, nicht wieder zu besetzen.

Die Präsidentenstelle soll vorläufig kommissarisch durch den rheinischen Generalsuperintendenten D. Stoltenhoff verwaltet werden.

## Großkampf der „Deutschen Christen“.

Wie das WdZ-Bureau meldet, äußerte sich auf einer Kulturausschusssitzung der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ der Reichskulturreferent Bierschwale über die bevorstehenden Maßnahmen der Glaubensbewegung in der Frage des evangelischen Reichsbischofs. Er wies darauf hin, daß der Reichskanzler es abgelehnt habe, den bisher genannten Reichsbischof D. von Bodelschwingh zu empfangen, solange nicht klar sei, ob das Kirchenvolk hinter dem Reichsbischof stehe. Dann hob Bierschwale hervor, daß ihm von den zuständigen Stellen Vollmacht erteilt worden sei, die evangelischen Kirchensachen in allen deutschen Rundfunksendern zu regeln. Die Glaubensbewegung habe die Aufgabe, das evangelische Kirchenvolk in ganz Deutschland aufzuklären über die kirchliche Lage und die weitere kirchliche Entwicklung.

Am nächsten Dienstag fänden in Berlin 19 Massenversammlungen statt mit dem Thema „Wer soll Reichsbischof werden?“ Derartige Kundgebungen würden über das ganze Reich bis in das kleinste Dorf gehen. Erst wenn so das Kirchenvolk aufgeklärt sei, werde die Frage nach der Persönlichkeit des kommenden Bischofs gestellt. (Aber das Thema der Massenversammlungen stellt doch gerade die Frage nach der Persönlichkeit des Reichsbischofs! D. N.)

Für den Kampf der Deutschen Christen sei ein großes Aktionsprogramm in Vorbereitung. Die von den Deutschen Christen geführten kirchenpolitischen Ausschüsse der deutschen Sender würden in kurzer Frist nach Berlin berufen, um Richtlinien für ihre Arbeit zu erhalten.

Bedeutung waren weiter Einzelheiten, die der Redner über den von der Glaubensbewegung am 10. November d. J. durchzuführenden „Reichsluthertag“ mitteilte. Gottesdienste, Schulfeiern, Kundgebungen, Theater- und Filmaufführungen, Rundfunkarbeiten usw. würden im ganzen Reichsgebiet in den Dienst der Sache gestellt. Der Evangelische Bund habe sich entschlossen, sich den Feiern der Glaubensbewegung anzuschließen. Es werde ein besonderer Ehrenausschuß gebildet, in dem sich die führenden Männer von Staat und Kirche eingliedern würden.

Der „Reichsluthertag“ soll ein Ausmaß erhalten, wie es die Welt seit Luther um den Namen dieses Reformators noch nicht erlebt habe. Die Hauptveranstaltungen würden stattfinden in Mansfeld, Eisleben, Wittenberg, Eisenach, Speyer, Worms, Augsburg, Berlin, Hamburg usw.

## Ein Aufruf von Pfarrer Hoffenfelder.

Die Glaubensbewegung der Deutschen Christen erläßt folgenden Aufruf: „Wir Deutschen Christen veranstalten am Dienstag, dem 27. Juni, in Berlin 19 Massenversammlungen, um dem gesamten evangelischen Kirchenvolk klar zu machen, weshalb wir — getrieben von lebendigem Verantwortungsgefühl für die Zukunft unserer lieben deutschen evangelischen Kirche — die Benennung Pastor von Bodelschwingh zum Reichsbischof ablehnen müssen.“

Wir bedauern den uns aufgezwungenen Kampf um so mehr, als er den Beginn der seit Jahren so bitter notwendigen Missions- und Evangelisationsarbeit der evangelischen Kirche verzögert. Für eine solche großartige Arbeit braucht die Kirche ein starkes, sicheres Fundament. Sie braucht das volle Vertrauen des arbeitssamen und opferwilligen evangelischen Kirchenvolkes, das in der Glaubensbewegung Deutsche Christen aufgefunden hat, um die breiten Kreise evangelischer Deutscher, die dem Heiland gleichgültig und fremd gegenüberstehen, für ein starkes und lebendiges deutsches Christentum des Glaubens und der Tat zu gewinnen. Das Vertrauen dieses Kirchenvolkes befehlt Wehrkreispfarrer Müller. Er muß und wird Reichsbischof werden! gez. Hoffenfelder.“

## Keine Auflösung der evangelischen Jugendbünde.

Wie der „Zeitungsdiener“ mitteilt, hat in der Angelegenheit der evangelischen Jugendverbände Wehrkreispfarrer Müller sich mit dem Reichsjugendführer Baldur von Schirach in Verbindung gesetzt und von ihm die bindende Zusage erhalten, daß an eine Auflösung der evangelischen Jugendverbände nicht gedacht werde. Die in der Presse aus Lübeck und Mecklenburg gemeldeten Vorgänge müßten demnach auf einem Mißverständnis beruhen.

In der Mitteilung des Wehrkreispfarrers Müller über die evangelische Jugend heißt es: „Es ist der entscheidende Wunsch des Bevollmächtigten des Reichskanzlers, Wehrkreispfarrers Müller, daß die Auseinandersetzung innerhalb der Kirche über die gegenwärtige kirchenpolitische Lage sich in Bahnen hält, die der Sache entsprechen, um die es geht. Die gewissenmäßige gebundene Äußerung der Überzeugung sollte den Gliedern der evangelischen Kirche weder durch kirchenamtliche noch durch staatliche Eingriffe beschränkt werden. Auch die werdende deutsche evangelische Kirche wird und muß eine Kirche wahrhaft evangelischer Gewissensfreiheit sein, die nach reformatorischem Verständnis innerste Gebundenheit des Gewissens an Gott inmitten der Forderung der Gegenwart bedeutet.“

## Verhaftungen katholischer Geistlicher.

In der Pfalz haben sich am Montag, wie die nationalsozialistische „Aheinfrent“ berichtet, eine Reihe von Aufsehen erregenden Vorkommnissen abgespielt, bei denen es sich um katholische Geistliche handelte.

In Sandau wird auf Veranlassung des Bezirkskommissars eine nicht angemeldete Versammlung katholischer Geistlicher durch die Polizei aufgelöst. Am gleichen Tage wurde der katholische Pfarrer Nachtigall aus Burzweiler wegen Verächtlichmachung der nationalen Bewegung und ihrer Symbole in Schutzhaft genommen.

Ein besonders schwerer Konflikt liegt um einige Tage zurück. Am Sonnabend gegen 23 Uhr hatte sich eine erregte Volksmenge vor dem Pfarrhaus in Zinsweiler bei Rodenhäusen angeammelt, die unter Rufen wie „Schuft, Heber, Volksverräter, Landesverräter“ usw. versuchte, den Geistlichen aus dem Pfarrhause herauszuholen. Man hatte bereits Fenster, Türen und einen Teil der Möbel demoliert, als der eiligst herbeigerufene Bezirksbeauftragte Standartenführer Baum ankam. Nur unter Einsatz seines Lebens gelang es diesem, den Pfarrer Matheis vor der erregten Menge in Schutzhaft zu nehmen. Trotz des Einsatzes von 25 SA-Männern konnte er nicht verhindern, daß der Pfarrer Blutig ge-

## Reichsstand der deutschen Industrie.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände haben sich zum Reichsstand der deutschen Industrie zusammengeschlossen, und dem Reichskanzler durch die beiden bisherigen Vorsitzenden eine entsprechende Erklärung übermittelt. Der weitere Ausbau des so geschaffenen industriellen Reichsstandes und seine Einfügung in die berufsständische Gesamtordnung der deutschen Wirtschaft wird nach den Grundsätzen des in der Entwicklung begriffenen berufsständischen Aufbaus erfolgen. Im Sinne der vom Reichskanzler wiederholt dargelegten Anschauungen über den Renaissänne der deutschen Wirtschaft, die diesem Schritt der deutschen Industrie zugrunde liegen, wird die Arbeit des neuen Reichsstandes der deutschen Industrie auf der Grundlage und Anerkennung des Gedankens positiver und vertrauensvoller Gemeinschaftsarbeit aller in der Produktion tätigen Menschen beruhen.

Die beiden zusammengeschlossenen Gremien arbeiten zunächst örtlich getrennt weiter, jedoch organisch miteinander verbunden. Führer des deutschen Reichsstandes ist der bisherige Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Herr Krupp von Bohlen. Die Vertretung der Vereinigung dürfte sich weiterhin in einer sozialpolitischen Abteilung des Reichsstandes vollziehen, neben die eine wirtschaftspolitische Abteilung tritt, welche die Aufgaben des bisherigen Reichsverbandes übernimmt. Die Vorsitzenden der beiden Abteilungen werden Stellvertreter des Führers des Reichsstandes sein.

## Tätigkeitsverbot für deutschnationale Betriebszellen.

Der Polizeipräsident in Necklinghausen hat der deutschnationalen Betriebszellenorganisation, Kreisverband Gelsenkirchen, im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung jede weitere Werbungs- und Organisationsstätigkeit untersagt.

## Neue Parteileitung der SPD.

Von sozialdemokratischer Seite wird der „Telegraphen-Union“ mitgeteilt:

„In einer gemeinsamen Sitzung der erweiterten Parteileitung der Sozialdemokratischen Partei zusammen mit den Vorständen der Fraktionen im Reichstag und im Preussischen Landtag stellten die Parteivorstandsmitglieder ihre Ämter zur Verfügung. Die Konferenz beschloß, die Führung der Parteigeschäfte den Mitgliedern Westphal, Stelling, Rinne und Künstler zu übertragen unter Hinzuziehung der Vorsitzenden der Reichstags- und Landtagsfraktionen Lobe und Szilak. Die Beschlüsse der Fraktionen im Reichstag und im Landtag über das Verbleiben des Sitzes der Parteileitung der deutschen Sozialdemokraten in Deutschland wurde durch die Annahme folgender Erklärung erneut bekräftigt:

## Gömbös über seine Deutschland-Reise.

Einem Vertreter der ungarischen Zeitung „Az é“ gegenüber bezeichnete der ungarische Ministerpräsident Gömbös als dringendsten Anlaß zu seinem Berliner Besuch die Regelung des Problems der Ausfuhr der ungarischen Agrarprodukte nach Deutschland.

Daneben habe er es für seine Pflicht gehalten, die große Umwälzung in Deutschland und deren Führer kennenzulernen. Deshalb sei er auch der Einladung, an dem nationalsozialistischen Aufmarsch in Erfurt teilzunehmen, gern gefolgt. Dort habe er den Eindruck gewonnen, daß sämtliche Schichten des deutschen Volkes von einer bis zur Ekstase steigenden Begeisterung durchdrungen seien.

Eine so durchdachte und vollkommene politische Organisation wie der Nationalsozialismus könne keine Übergangserscheinung sein. Hier handele es sich vielmehr wie bei dem Fasizismus in Italien um eine endgültige Regelung, und damit müsse man auch in Ungarn rechnen.

Der Kanzler sei, ebenso wie er, der Ansicht, daß Europa des Friedens bedürfe, und auch im Laufe ihrer Unterredung sei ihre gemeinsame Auffassung darüber zum Ausdruck gekommen, daß sie nur durch die Friedenspolitik den Interessen nicht nur ihres eigenen Landes, sondern auch ganz Europas am besten dienen könnten.

Der Kanzler sei eine starke Persönlichkeit, der sich seiner historischen Berufung bewußt sei. Mit großer Freude stelle er fest, daß ganz Deutschland und auch Reichskanzler Adolf Hitler große Liebe für Ungarn befundenen.

## Der Nationalsozialismus — Die Renaissance des deutschen Volkes.

In einer Versammlung der Landeslandwirtschaftskammer erklärte Ministerpräsident Gömbös, das 70-Millionen-Volk der Deutschen sei auch in seinem heutigen Zustand ein Machtfaktor in Europa und es wäre eine Vogel-Strauß-Politik, wenn man mit Deutschland nicht rechnen wollte.



schlagen wurde. Auch der Standartenführer Baum und sein Adjutant sind von der Menge tödlich angegriffen worden, wobei Baum verletzt und sein Kraftwagen beschädigt wurde. Nachdem ärztliche Hilfe in Anspruch genommen war, wurde Pfarrer Matheis in das Amtsgerichtsgefängnis Rodenhäusen eingeliefert. In diesem letzten Fall mißt das nationalsozialistische Blatt die Schuld der katholischen Kirchengemeinde zu, die wiederholt veranlaßt wurde, Pfarrer Matheis zu verzeihen, da die Erbitterung der Bevölkerung zu Befürchtungen Anlaß gab, was sich nunmehr bestätigte.

Der neugewählte Parteivorstand in Berlin hat allein die verantwortliche Führung der Partei. Deutsche Parteigenossen, die ins Ausland gegangen sind, können keinerlei Erklärungen für die Partei abgeben. Für alle ihre Äußerungen lehnt die Partei jede Verantwortung ausdrücklich ab.“

## Die Vorwürfe gegen Staatssekretär von Rohr unbegründet.

Gleichzeitig mit den Presseangriffen gegen Staatssekretär von Rohr, worin ihm vorgeworfen wurde, bei der Umschuldung seines Gutes nicht korrekt verfahren zu sein, war eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Stettin eingereicht worden. Staatssekretär von Rohr hatte auch seinerseits die grundsätzliche Nachprüfung der Vorgänge erbeten.

Der Oberstaatsanwalt Stettin hat nunmehr das Verfahren eingestellt, da sich keinerlei Anhaltspunkte für strafbare Handlungen weder des Staatssekretärs von Rohr noch anderer amtlicher Personen ergeben haben.

Staatssekretär von Rohr hat gegen die Urheber der unwahren Behauptung sowie gegen eine Reihe von Zeitungen, in denen sie verbreitet war, Strafantrag gestellt.

## Ein Stunde Arbeitszeit-Verlängerung als Geburtstagsgeschenk für Eugenbergs.

Eine originelle Geburtstagsgratulation hat das Reichs Ernährungsministerium dem Reichswirtschaftsminister Eugenbergs zu seinem 68. Geburtstag überreicht. Die Vertreter des Ministeriums teilten dem Minister mit, daß die Beamten des Reichs Ernährungsministeriums beschlossen haben, dem Minister, statt ihm die übliche Blumenpende zu überreichen, mitteilen zu lassen, daß sie eine Stunde länger arbeiten werden.

## Hakenkreuzwasserzeichen der Briefmarken.

Wie die Blätter berichten, werden die reichsdentschen Briefmarken an Stelle des bisherigen Waffelmusters das Hakenkreuz als Wasserzeichen erhalten.

## Der Ostmarkenverein tritt dem Bund Deutscher Osten bei.

Der Deutsche Ostmarkenverein hat in seiner letzten Hauptversammlung den Beschluß gefaßt, sich dem Bund Deutscher Osten anzuschließen.

## Der neue Chefredakteur der „D. N. Z.“

Zum Nachfolger Dr. Kleins als Chefredakteur der „D. N. Z.“ ist, wie man hört, nunmehr der bisherige Londoner Vertreter des Blattes Dr. Siler bestellt worden. Dr. Klein wird, wie verlautet, als Korrespondent nach Paris gehen.

Mit seiner Berliner Reise wollte er der Auffassung entgegenzutreten, als ob es sich bei der Umwälzung in Deutschland um eine ephemere politische Einrichtung handeln würde. Dadurch habe er nicht nur Ungarn, sondern der ganzen Welt einen Dienst leisten wollen, denn es handle sich hier um eine ebenfolche Wirklichkeit, wie vor einigen Jahren bei dem Fasizismus.

Er sei nicht nach Berlin gegangen, um dort Methoden zu lernen, sondern um die Dinge in Deutschland an Ort und Stelle zu studieren. Es sei unmöglich, das deutsche System nach Ungarn zu verpflanzen. Außerdem diene seine Reise dem Zweck, den Agrarexport in der bei den Budapest Verhandlungen eingeschlagenen Richtung zu entwickeln. Er habe selbstverständlich auch über die Politik mit dem Reichskanzler gesprochen und dabei die Notwendigkeit des Friedens und Verständnisses in Mitteleuropa und in ganz Europa betont und insbesondere darauf hingewiesen, daß für den Frieden in Mitteleuropa die wirtschaftliche Prosperität Ungarns Voraussetzung sei. Er sei gerne bereit, auch jenen Staaten zu verkaufen, die einen politisch entgegengesetzten Standpunkt einnehmen; denn es liege im allgemeinen Interesse Europas, daß die Atmosphäre der dauernden politischen Gefährdung aufhöre und endlich wirklicher Friede herrsche. Ungarn wolle auch mit der Tschechoslowakei eine Vereinbarung treffen. Hier werde aber die Atmosphäre stets durch neue politische Gewitter gestört.

Die Ungarische Regierung sei gerne bereit, mit allen Staaten im Donaubecken zusammenzuarbeiten, wenn von diesen Staaten die volle Gleichberechtigung Ungarns anerkannt werde.

Auch im Abgeordnetenhaus äußerte sich Ministerpräsident Gömbös über seine Berliner Reise, bereutwegen die Opposition seinen Rücktritt verlangt hatte, in ähnlicher Weise. Der Ministerpräsident erklärt, die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland stelle die Renaissance des deutschen Volkes dar. Die Welt müsse Hitler dafür danken, daß er die kommunistische Gefahr beseitigt habe.

Die Vorwürfe, daß er durch seine Berliner Reise einen feindlichen Akt gegenüber Österreich gesetzt hätte, wies Gömbös entschieden zurück.

